

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Neufame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Rücktritt des bayerischen Ministeriums.

München, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die christlichen Blätter versuchten den Eindruck zu erwecken, als sei der Rücktritt Kahrs und Roths noch nicht endgültig. Insbesondere bemühte sich die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz die Parole auszugeben, zu klären. Dieser Versuch des rechten Flügel der bayerischen Volkspartei war nach der schmählichen parlamentarischen Niederlage am Sonntag völlig aussichtslos. Gestern nachmittags erklärte denn auch das gesamte Kabinett, wie voranzujehen war, endgültig seine Demission. Im Laufe dieser Woche, vielleicht am Freitag, wird der Landtag zusammentreten, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Bis dahin wird es sich auch entschieden haben, ob die Rechtssozialisten in die Regierung eintreten, oder ob die Bayerische Volkspartei mit den Demokraten und Bauernbündlern eine rein bürgerliche Regierung bilden. Diese drei Parteien verließen über 99 Sitze von 158 Sitzen im Landtag. Ueber die Person des künftigen Ministerpräsidenten ist noch nichts bekannt.

Nach dem Rücktritt Kahrs und Roths hat der Rücktritt des Gesamtkabinetts in Bayern lediglich verfassungsrechtliche Bedeutung. Kahr und sein Kabinett sind dem Druck der Arbeitermassen Nordbayerns gewichen, die den entschiedenen Willen zeigten, mit der bayerischen Reaktion endgültig Abrechnung zu halten. Wie wir schon gestern schrieben, ist damit der Sieg der Arbeiterschaft noch durchaus kein endgültiger. Der bayerischen Reaktion ist lediglich das Haupt genommen, ihre Geheimorganisationen, auf denen ihre eigentliche Macht beruht, bestehen weiter, und die Arbeiterschaft Bayerns, sowie des gesamten Reiches, wird sich auf weitere Kämpfe gefaßt machen müssen, um so mehr, als die Reichsregierung immer weiter zurückweicht. Meldet doch die heutige Berliner Morgenblätter, daß selbst das Verbot des Wiesbacher Anzeigers wieder aufgehoben worden sei. Wir haben bisher keine Bestätigung dieser Meldung, bei der unschlüssigen Haltung der Reichsregierung aber, insbesondere des Innenministers Dr. Gradnauer, erhält diese Meldung durchaus den Schein der Möglichkeit. Die Reichsregierung ist Schritt um Schritt zurückgewichen, trotz des Widerstandes, der von Bayern kam. Genosse Dittmann hat daher vollkommen recht, wenn er in der gestrigen Sitzung des Ueberwachungsauusschusses erklärte, daß die Gefahren, die von den „deutschnationalen Mördereliquen in München drohen, durchaus noch nicht beseitigt seien.

Charakteristisch für das dauernde Zurückweichen der Reichsregierung sind Mitteilungen, die v. Gerlach in der Welt am Montag macht, indem er das Augenmerk auf den erst vor kurzem ernannten Außenminister Dr. Rosen richtet. Er zeigt Dr. Rosen im Bilde eines durchaus wilhelminischen Diplomaten jener alten Schule, „die vor nichts mehr Angst hatte, als vor offenen Karten die den Gipfel der Weisheit in möglichst schlau gesponnenen Intrigen erblickte“. Er sei ein Anhänger des alten Prinzips der „absoluten Autorität“, der eiferfüchtig darüber wache, daß den einzelnen Staaten in der Möglichkeit, Kriege zu inszenieren, keinerlei Recht genommen werde. Er widerspreche insbesondere dem Gedanken des Völkerbundes, der freilich in seiner heutigen Form nicht gutgeheißen werden kann, immerhin aber doch die Grundlage einer internationalen Verbindung der Völker sei. Weiter schreibt v. Gerlach:

„Dr. Rosen macht aus seinem Standpunkt gar kein Hehl. Offenherzig, mit fast brutaler Deutlichkeit, spricht er zu jedem darüber, der ihn befragt. Männer der verschiedensten Richtungen, die mit ihm gesprochen haben, haben mir das bestätigt.“

v. Gerlach warnt dringend vor Dr. Rosen und fordert, deutlich von ihm abzurücken, „sonst kann unsre Politik heillosen Schaden nehmen“. Es ist nicht verwunderlich, wenn ein Kabinett, in dem Leute von der Bedeutung Dr. Rosens exponierte Stellungen einnehmen, nicht gewillt ist, in zielklarer Weise den Kampf gegen die monarchistische Reaktion aufzunehmen. Trotz des Rücktritts des bayerischen Ministeriums, der Kahr und Roth, bleibt es heiligste Aufgabe der Arbeiterschaft, die Augen offen zu halten und jederzeit bereit zu sein, um den Kampf gegen die Reaktion zu wagen, sowie bei unschlüssigen Regierung das Nützliche zu steifen.

## Pulschgelüste der bayerischen Deutschnationalen.

München, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Deutschnationalen haben ihren Widerstand noch nicht aufgegeben. Oberst Zsander trägt sich mit seiner Gruppe mit dem Gedanken, im jetzigen Augenblick noch einen Gewaltstreich zu versuchen. Solange die alldeutschen Militäristen in Bayern ihre Pulschpläne nicht aufgegeben haben, ist trotz des Sturzes der Regierung Kahr der Ausnahmezustand noch nicht beseitigt und die Republik nicht gesichert. Die sozialistische Arbeiterschaft in Bayern und die Gewerkschaften halten deshalb weiter höchste Bereitschaft, um im Falle eines Rechtsputsches sofort einzugreifen gegen die Reichsveräter und für die einheitliche Republik Alle Vorbereitungen für diesen Fall sind getroffen. Die Lage ist äußerst ernst.

## Die Berliner Presse zur Lage.

Berlin, 13. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Mit dem Rücktritt des bayerischen Gesamtministeriums beschäftigt sich die Berliner Presse aufs Lebhafteste. Die Freiheit schreibt dazu daß ein Fortbestehen des Kumpfmünisteriums keinen rechten Sinn gehabt und die notwendige Lösung der Krise eher erschwert

hätt. Jetzt sei die Möglichkeit gegeben, in München endlich einmal ruhiger und nüchtern als bisher die politische Situation zu betrachten und es nicht von den preussischen reaktionären Abenteuerern, die dort ihre Zustucht gefunden haben, zu verderblichen Machinationen gegen die Reichseinheit und die Republik verleiten zu lassen. Der Rücktritt Kahr bedeute unzweifelhaft einen Erfolg der Reichsregierung und nicht zuletzt der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter, den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften zu danken sei. Es dürfte freilich nicht übersehen werden, daß der Rücktritt der bayerischen Regierung nur die Möglichkeit, aber noch nicht die Gewissheit für die dringend notwendige Systemänderung bedeute. Komplikationen, die durch gewalttames Aufsteigen der Rechtsputschisten hervorgerufen werden könnten, seien nicht ausgeschlossen. Für die bayerische Arbeiterschaft bedeute der Rücktritt eine Ermütigung, in ihrer Bereitschaft und in ihrer entschlossenen Haltung zu verharren.

Der Vorwärts sagt, Bayern stehe jetzt vor einer neuen Entscheidung. Das Reich befinde sich ihm gegenüber nicht in einer Angriffsstellung, sondern in einer Verteidigungsstellung. Man solle sich aber in München nicht darüber täuschen, daß diese Stellung sehr stark sei. Mit allen Mitteln versuchten die bayerischen Reaktionsäre, das schon verlorene Spiel noch zu ihren Gunsten zu wenden und eine neue Kahr-Regierung mit oder ohne Kahr zustande zu bringen. Gelingen ihnen das, so bedeute es für das Reich die Notwendigkeit, seinen Verteidigungskampf fortzusetzen. Das Reich wolle aber keinen inneren Krieg, sondern den inneren Frieden und es wolle von Bayern nichts anderes, als daß es die Möglichkeit dieses Friedens schaffe. Eine bayerische Regierung, die republikanisch zuverlässig sei, werde es nicht notwendig haben, mit Berlin einen Paragrafenstreit um bayerische Selbstständigkeitsrechte zu führen. Bayern soll jedes Recht haben, nur das eine nicht, sich als Aufmarschterrain aktrepulischer Gewaltpolitik gegen die Arbeiterschaft Deutschlands mißbrauchen zu lassen und jetzt werde es zum letzten Male gebeten, auf dieses seiner wenig würdigen Rechte freiwillig und endgültig zu verzichten.

Das Berliner Tageblatt meint, es sei nicht zu verkennen, daß der Sturz des Gesamtministeriums den Nationalisten für ihre weitere Pläne Mut machen werde. Die Rückkehr Kahrs und Roths wäre jedoch für die Demokraten unannehmbar. Für eine neue Regierungskoalition aus Mittelpartei, bayerischer Volkspartei und Bauernbündlern wäre in noch größerem Ausmaße als die bisherige Koalition die schärfste Opposition der Linken sicher. Die auf morgen anberaumte Koalitionsbesprechung in München wird über diesen Standpunkt der demokratischen Fraktion keinen Zweifel lassen. Ueber die Auffassung in Berliner Parlamentskreisen weist das Berliner Tageblatt zu berichten, man habe dort die Auffassung, daß die Reichsregierung, wie bisher, auch ferner zu Verhandlungen bereit sei. Der Rücktritt des bayerischen Gesamtministeriums werde in maßgebenden parlamentarischen Kreisen als ein rein formaler Akt bezeichnet, der in dem Vorlaut der bayerischen Verfassung begründet liege. Da das bisherige bayerische Ministerium die Geschäfte bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten durch den Landtag fortführe, werde die Reichsregierung bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich noch mit den bisherigen Vertretern des bayerischen Kabinetts verhandeln. Infolge der unübersichtlichen Situation habe sich die Reichsregierung entgegen ihrer früheren Auffassung in ihrer gestrigen Kabinettsitzung noch nicht mit der bayerischen Frage beschäftigt. Sie wolle vielmehr erst noch weitere Meldungen aus Bayern abwarten.

Nach der Berliner Zeitung stellt sich der Rücktritt des Ministeriums als ein Erfolg der Rechten dar. Diese habe während der letzten Tage ständig darauf hingearbeitet, eine Krise des Gesamtministeriums herbeizuführen, falls sie ihre gegen Berlin gerichtete Politik nicht in der Koalition durchsetzen würde. Zu diesem Zweck habe die Rechte den Ministerpräsidenten v. Kahr als Ausschüßler für die eigene Politik benutzt, ihn als Schützer der Rechte Bayerns gepriesen und in der Agitation das Schlagwort: Kahr oder die Internationale? geprägt. Durch den Rücktritt des Gesamtministeriums ist zweifellos die Möglichkeit geschaffen worden, nicht nur den Ministerpräsidenten v. Kahr in seinem Amt zu halten, sondern auch die Mittelpartei (die Deutschnationalen) in der Regierungskoalition zu erhalten, und es ist darauf zu achten, daß gemäß § 68 der Verfassungsurkunde das zurückgetretene Kabinett die Regierungsgeschäfte zunächst weiterführt. Auf diese Weise sei zunächst einige Zeit gewonnen, was ein großer Vorteil sei.

## Oltwig von Hirschfeld aus der Haft entlassen.

Offenburg 13. September. (U.) Oltwig v. Hirschfeld ist aus der Haft entlassen worden, da der Verdacht der Täterschaft in der Erzbergerischen Mordjache sich nicht hat aufrechterhalten lassen.

## Die Wahlen in Thüringen.

Das Gesamtergebnis der Wahlen liegt noch immer nicht vor. Die Wahlsiftern, die von den bürgerlichen Blättern gebracht werden, können als endgültig noch nicht in Betracht kommen. Sowie steht bis heute fest, daß eine wesentliche Verschiebung bei der Zusammensetzung des Landtages nicht erfolgen wird. Wahrscheinlich wird das Ergebnis dem gleichen, das die Wahlen im vergangenen Jahre gebracht haben. Auch die bürgerlichen Parteien sind nicht allzu sehr begeistert von dem Ausfall der Wahlen. Die alldeutschen Blätter in Thüringen schimpfen über die Wahlschlauheit der bürgerlichen Wähler. Tatsächlich ist die Wahlbeteiligung in weiten Gebieten, insbesondere Mittel-Thüringens, zum Teil außerordentlich stark zurückgegangen. Wer den Verlust im wesentlichen zu tragen haben wird, steht heute noch nicht endgültig fest, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien den Verlust zu tragen haben werden. Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist eine Verschiebung nach der Mitte zu zu verzeichnen. Die Deutschnationalen haben überall einen Rückgang erlitten, noch mehr haben die Demokraten an Stimmen eingebüßt. Nur die Deutsche Volkspartei hat sich im allgemeinen gehalten. Auch bei den Arbeiterparteien hat sich eine nicht unwesentliche Verschiebung vollzogen. Wie zu erwarten war, hat die SPD. einen, zum Teil beträchtlichen Gewinn an Stimmen zu verzeichnen. Bei der USPD. machen sich die Spaltungsvorgänge vom vergangenen Jahre zum erstenmal bemerkbar, sobald von vornherein überall mit einer Abwanderung der Stimmen gerechnet werden mußte. Ein Teil der Stimmen ging in das Lager der Kommunisten über, aber nicht überall sind diese imstande gewesen, die Abwandernden bei sich aufzunehmen. Wie schon bei den Preußenwahlen haben auch in Thüringen wieder die Rechtssozialisten den eigentlichen Gewinn aus den Spaltungsvorgängen davongetragen. Der Verlust der unabhängigen Stimmen ist verschieden, je nachdem die Organisation zerfallen wurde. In Gotha und Jena, wo die Organisation fast zerfallen ist, hat sich das Gros unserer bisherigen Wähler auf die Seite der Kommunisten geschlagen. In den andern Gebieten Thüringens ist der Anhang der kommunistischen Partei außerordentlich verschieden. Zum Teil haben sie selbst in bisher vermeintlichen Hochburgen, in denen wir erst seit Beginn der Landtagwahl wieder Eingang zu finden Gelegenheit hatten, eine starke Enttäuschung erlitten. Der Mangel an einer gesicherten Organisation machte sich jedoch in ganz West- und Mittel-Thüringen bemerkbar, am stärksten in dem Meininger Gebiet, wo nur noch geringe Ueberreste der früheren Organisation bestehen geblieben sind. Demzufolge wird dort auch der stärkste Rückgang unserer Wahlsiftern und die größte Zunahme der SPD.-Stimmen zu verzeichnen sein.

Bisher liegen zwei Teilergebnisse vor, die ermöglichen, den Gesamtausfall der Wahl zu beurteilen. Es ist das das bereits gestern gemeldete Ergebnis von Reuß, zu dem sich heute das Ergebnis von Sachsen-Weimar-Eisenach gesellt. In Reuß hat die USPD. einen Verlust von rund 3000 Stimmen zu verzeichnen. Die SPD. bucht einen Gewinn von 1600 Stimmen, während die KPD. mit 6719 Stimmen aufzuwarten vermag. Dem Verlust der USPD. steht demzufolge ein beträchtlicher Gewinn der andern beiden Arbeiterparteien gegenüber, so daß ein Gesamtgewinn der Arbeiterstimmen von insgesamt 6600 zu verzeichnen ist. Auch die bürgerlichen Parteien haben zwar einen Zuwachs zu verzeichnen, der freilich nur etwas über 2000 Stimmen beträgt. Das bedeutet ein stärkeres Uebergewicht der Arbeiterparteien und würde, wenn das Gesamtergebnis in Thüringen die gleiche Struktur zeigen würde, einen Aus nach links bedeuten, der immerhin so stark wäre, um die Möglichkeit eines Links-Ministeriums bestehen zu lassen. Das gleiche Ergebnis zeigt das Wahlergebnis von Sachsen-Weimar-Eisenach. Dort hat die USPD. einen Verlust von 15 000 Stimmen zu beklagen, der aber von den übrigen beiden Parteien ausgenommen worden ist. Die Zahlen der Arbeiterparteien insgesamt haben sich dort um rund 8000 Stimmen vermehrt, während die bürgerlichen Parteien ungefähr ihren Bestand gewahrt haben. Beide Resultate zeigen also die gleiche Verschiebung zwischen rechts und links. Immerhin ist es nicht möglich, auf Grund derselben Schlüsse zu ziehen, wie sich nunmehr der Kurs in Thüringen gestalten wird. Im Wahlkreis Sachsen-Weimar-Eisenach haben die Kommunisten insgesamt 15 522 Stimmen zu verzeichnen, das ist ein nicht gerade hervorragendes Resultat in Anbetracht der Tatsache, daß Jena, die vermeintliche Hochburg der Kommunisten, in der Gesamtliste enthalten ist.

Während in den beiden oben genannten Wahlkreisen die bürgerlichen Parteien keine wesentliche Verstärkung erfahren konnten, scheint es, als ob in Gotha, der andern Hochburg der Kommunisten in Thüringen, zwar die Kommunisten an Stimmen gewonnen haben, daß aber das Wachstum der bürgerlichen Parteien ein ganz bedeutend größeres ist. Auch dort haben wir gegenüber den Wahlen zur Gebietsvertretung vor einigen Mo-